

Ä 002 Bettina Kutz, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Kolleginnen und Kollegen

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung

Für mehr Qualität in der Bildung und Betreuung von Kindern und für eine Aufwertung des Berufsfeldes

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich für eine qualitative Verbesserung in Bildung und Betreuung von Kindern einzusetzen und dazu folgende Grundsätze und Ziele aufzunehmen:

1. Kinderförderungsgesetz mit Vorfahrt für Qualität

Das im Bundestag und Bundesrat verabschiedete und seit dem 1.1. 2009 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz hat zu einem Paradigmenwechsel von einer öffentlichen frei zugänglichen Bildung hin zur Privatisierung im Bereich der Kindertagesstätten geführt. In § 74a des Kinderförderungsgesetzes ist festgelegt, dass „alle Träger von Einrichtungen, die die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Einrichtung erfüllen, gefördert werden können“. Die von der Politik gewollte politische Stärkung gewerblicher Betreiber von Tageseinrichtungen für Kinder halten wir für das falsche Signal. Denn: Das Ziel gewerblicher Betreiber ist es nachweislich, Profit zu machen. Das bedeutet, dass aus Steuermitteln der Gewinn von gewerblichen Kindertagesstätten ermöglicht wird. Wir bezweifeln, dass Qualitäts- und Sozialstandards in Kindertagesstätten über Marktmechanismen zu regeln und zu sichern sind.

Wir fordern:

- An Personal und Ausstattung in den Kitas darf nicht gespart werden.
- Die Novellierung von Kita-Gesetzen in den Ländern muss kritisch begleitet werden.
- Die Öffnung für gewerbliche Träger muss zurückgenommen werden.

Nach den Vorstellungen der schwarz-roten Bundesregierung sollten private gewerbliche Kitaunternehmen den freien gemeinnützigen Trägern gleichgestellt werden. Damit wären die Länder verpflichtet gewesen, sie in gleicher Weise aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Nach massiven Protesten der Fachverbände und Gewerkschaften ist im am 1.1.2009 in Kraft getretenen Kinderförderungsgesetz nunmehr geregelt, dass es den Ländern freigestellt ist, ob sie privatgewerbliche Träger fördern. Damit ist es gelungen, den Paradigmenwechsel von einer öffentlichen frei zugänglichen Bildung hin zur Privatisierung im Bereich der Kindertagesstätten zu verhindern. In § 74a des Kinderförderungsgesetzes ist nunmehr festgelegt, dass „alle Träger von Einrichtungen, die die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Einrichtung erfüllen, gefördert werden können“. Die von der Politik gewollte politische Stärkung gewerblicher Betreiber von Tageseinrichtungen für Kinder halten wir weiterhin für das falsche Signal. Denn: Das Ziel gewerblicher Betreiber ist es nachweislich, Profit zu machen. Das bedeutet, dass gewerblichen Trägern von Kindertagesstätten aus Steuermitteln privater Gewinn finanziert wird. Der DGB bezweifelt, dass Qualitäts- und Sozialstandards in Kindertagesstätten über Marktmechanismen geregelt und gesichert werden können und wird deshalb die Novellierung von Kita-Gesetzen in den Ländern kritisch begleiten. Der DGB fordert deshalb die Länder auf, von der Möglichkeit des § 74a keinen Gebrauch zu machen.

2. Rechtsanspruch vom ersten Lebensjahr

Wir sagen ja zum **Der DGB begrüßt** den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz **Platz in einer Kindertagesstätte** für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an, den die Bundesregierung ab 2013 festgeschrieben hat. ~~Wir kritisieren: Die Instrumente, mit denen dieser Rechtsanspruch verwirklicht werden soll, sind aus unserer Sicht nicht geeignet, um die notwendige Qualität abzusichern und zu verbessern.~~ **Wir dürfen jedoch nicht nur auf die Ausbauquote achten. Mindestens ebenso wichtig ist es, die notwendige Qualität abzusichern und zu verbessern.**

Wir fordern eine Qualitätsoffensive und das bedeutet

- gebraucht wird eine gute Bildungs- und Betreuungsstruktur
- ~~deutlich bessere Personalschlüssel~~
- die Möglichkeiten individueller Förderung von Kindern
- **deutlich bessere Personalschlüssel**
- gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte
- gute und regelmäßige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- eine angemessene **gesicherte** Finanz- und Sachausstattung
- **mehr Bildung und individuelle Förderung von Kindern**

Wir fordern, dem zu erwartenden Fachkräftemangel mit einer Qualifizierungs- und Qualitätsoffensive und den notwendigen Investitionen zu begegnen. Dazu gehört vor allem auch, den Weg der Akademisierung der ErzieherInnenausbildung fortzusetzen. Ein höheres Ausbildungsniveau wird dem Beruf deutlich mehr Attraktivität verleihen.

3. Tagespflege als Regelangebot

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht den Begriff der "Eignung" für die Fachlichkeit der Tagespflegeperson vor. Verbindliche Standards, wie sie für die Betreuung in Tageseinrichtungen vorgeschrieben sind, werden im § 23 KJHG nicht näher ausformuliert.

Wir kritisieren: die (Schein-)„Selbstständigkeit“ der Tagespflegepersonen, da dadurch viele Risiken auf sie verlagert werden. Im Falle von Erkrankung etc. entstehen Effekte, die i.d.R. zu Lasten der Tagespflegeperson selbst gehen.

Wir bemängeln: die kritikwürdigen Zustände bei den Arbeitsbedingungen der Tagespflegepersonen, die von der Bezahlung über Arbeitszeiten und Rahmenbedingungen alle Aspekte der Tätigkeit umfassen.

Wir fordern: Eine Fortsetzung der Diskussion um die Akademisierung der ErzieherInnenausbildung, um deutlich zu machen, dass ein höheres Ausbildungsniveau wünschenswert ist, um damit die Möglichkeiten der frühkindlichen Bildung ausschöpfen zu können.

Wir lehnen eine Strategie ab, die zu Lasten der Qualität und der Arbeitsbedingungen aller ~~Tätigen~~ **Beschäftigten** in dem Arbeitsfeld geht. Wir lehnen ab, dass das Verhältnis von institutionellen Angeboten der Elementarbildung und Tagespflege von Konkurrenz statt von Kooperation geprägt sein soll.

4. Bezahlung der Beschäftigten

Die frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote werden als gesellschaftlich notwendig und wichtig beschrieben, aber eine gesellschaftliche Anerkennung **der Arbeit der Beschäftigten** erfolgt bislang nicht im gleichen Maße. Dies gilt nicht nur für die Kindertagespflege, sondern ebenso für die Arbeit in den Kindertagesstätten.

~~Wir fordern: Dringend muss in diesem Zusammenhang die Bezahlung deutlich verbessert werden.~~

Der DGB fordert, die Bezahlung der Beschäftigten in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Tagespflege deutlich zu verbessern.